

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

30.4.1930 (No. 101)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Zeitung
Nr. 101
und 102
Postfach
Nr. 2515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Kneub,
Karlsruhe

Preis: Monatlich 8,50 RM, einjährig 96 RM, einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Zeile. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden und werden in Berücksichtigung mit dem Mindestum des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Beitreibung und Kontostückchen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Anzeigengeber keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben. Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Staatsanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geselligkeit, Antilige Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

An unsere Leser!

Unsere Zeitung, die bekanntlich im Laufe des Tages hergestellt wird, kann morgen, am 1. Mai, leider nicht erscheinen, weil der Ortsverein Karlsruhe im Verband der Deutschen Buchdrucker für den 1. Mai Arbeitsruhe beschlossen hat. Verlag der „Karlsruher Zeitung“.

Badens Fremdenverkehr

Die Erhebungen zu der badischen Fremdenverkehrsstatistik sind gegenüber früheren Jahren 1929 räumlich stark gewachsen. 1929 waren 31 Berichtsorte an der badischen Fremdenverkehrsstatistik beteiligt, 1927 waren es 40 und 1928 bereits 63. Die Zunahme beträgt also rund 100 Proz. Bei der Gesamtzahl der 1557 badischen Gemeinden ist es freilich immer noch ein sehr kleiner Bruchteil, der aus eigenem Interesse die Arbeit der statistischen Erfassung des Fremdenverkehrs auf sich genommen hat: rund 2 Proz. 1925 und 4 Proz. 1929. Mit der Einführung der amtlichen Fremdenverkehrsstatistik im Oktober des letzten Jahres hat sich der Kreis der teilnehmenden Orte wider Erwarten vergrößert. Die Zahl der Berichtsorte ist nämlich auf etwa 250 gestiegen, so daß nach dem heutigen Stand nicht weniger als 16 Proz. aller Gemeinden beteiligt sind.

Zeitliche Vergleiche über die Bewegungen des Fremdenverkehrs lassen sich nur für jene Orte ausstellen, die Jahr für Jahr mit Angaben in der Übersicht vertreten sind. In den fünf Städten Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Mannheim und Pforzheim sind gezählt worden:

- 1925: 530 998 Fremde; darunter 43 271 Ausländer,
- 1926: 576 175 Fremde; darunter 56 653 Ausländer,
- 1927: 618 880 Fremde; darunter 73 993 Ausländer,
- 1928: 669 185 Fremde; darunter 85 202 Ausländer,
- 1929: 718 679 Fremde; darunter 94 113 Ausländer.

In den zehn Kurorten Baden-Baden, Badenweiler, Bad Dürrenheim, Hinterzarten, Hornberg, St. Blasien, Titisee, Todmooß, Triberg und Überlingen sind festgestellt worden:

- 1925: 143 094 Fremde; darunter 12 757 Ausländer,
- 1926: 152 507 Fremde; darunter 15 943 Ausländer,
- 1927: 180 780 Fremde; darunter 24 853 Ausländer,
- 1928: 201 444 Fremde; darunter 31 856 Ausländer,
- 1929: 192 755 Fremde; darunter 35 973 Ausländer.

Nach dieser Aufstellung hat von 1925 bis 1929 zugenommen die Zahl der Fremden

- in den Städten um 35,4 v. H.,
- in den Kurorten um 34,7 v. H.

Die Zahl der Ausländer

- in den Städten um 117,5 v. H.,
- in den Kurorten um 182,0 v. H.

Den bemerkenswerten Vorsprung, den die Kurorte in der Steigerung des Ausländerverkehrs vor den Städten haben, rechtfertigt den Schluss, daß in den Kurorten eine starke Werbetätigkeit für den Besuch aus dem Ausland verborgen liegt und daß die Werbetätigkeit für den Fremdenverkehr aus dem Ausland im Interesse des Erfolges an den Schätzen der Kurorte und Bäder nicht vorübergehen kann. Diese Zusammenhänge liegen sich noch mehr an den Zahlen der Übernachtungen von Ausländern verdeutlichen. Leider ist es in der bisherigen badischen Fremdenverkehrsstatistik nicht möglich gewesen, eine Unterscheidung der Übernachtungen in dieser Richtung vorzunehmen; die kommende amtliche Statistik wird diesen Mangel beseitigen.

Aus den mitgeteilten Zahlen der veröffentlichten Übersicht geht hervor, daß für das Jahr 1929

- in 63 Berichtsorten 1 340 713 Fremde,
- in 50 Berichtsorten 152 227 Ausländer,
- in 54 Berichtsorten 3 324 399 Übernachtungen

gemeldet worden sind. Für die verfügbare Gesamtzahl der Orte stellt das Ausland eine Beteiligung von 11,4 v. H. an der Fremdenziffer. Gegenüber 1928 haben

in 47 Berichtsorten die Fremden um 4,9 v. H. zugenommen, in 38 Berichtsorten die Ausländer um 12,2 v. H. zugenommen, in 43 Berichtsorten die Übernachtungen um 1,6 v. H. abgenommen.

Die Kennzeichen des gegenwärtigen deutschen Fremdenverkehrs sind auch für die badischen Orte gegeben: Schwache Steigerung in der Zahl der Fremden, schwache Abnahme in der Zahl der Übernachtungen, die sich meist auch in einer Verkürzung der Aufenthaltsdauer äußert; beträchtliche Zunahme des Ausländerverkehrs, die mit Rücksicht auf die deutsche Gesamtwirtschaft als erfreulich hervorgehoben zu werden verdient.

Dr. Franz Schulwert, St. Blasien (Schwarzwald)

Der 1. Mai in Frankreich

Vom französischen Innenministerium sind im Einvernehmen mit der Pariser Polizeipräfektur folgende Maßnahmen zum 1. Mai getroffen worden:

Jeder Anzug auf offener Straße ist verboten. Jede Kundgebung, jeder Sabotageakt, jede Arbeitsbehinderung und jede Gewalttätigkeit werden mit der größten Strenge unterdrückt werden. Personen, die hiergegen verstößen, werden sofort der Staatsanwaltschaft übergeben. Ausländer, die an irgendeiner Kundgebung teilnehmen, sollen unverzüglich ausgewiesen werden. Die üblichen Polizeikräfte werden verstärkt durch die republikanische Garde von Paris und durch republikanische Garde aus der Provinz. Außerdem wird die Garnison von Paris verstärkt durch Einheiten aus der Provinz, die der Polizeipräfektur zur Verfügung stehen.

Letzte Nachrichten

Neuer Berliner Skandal

Provisionsgeschäfte eines Stadtoberinspektors
O.W. Berlin, 30. April. (Preis-Teil.) Der Beschluß der gestrigen Stadtverordnetenversammlung, die Vorgänge in der städtischen Schulverwaltung nachzuprüfen, die zur Suspendierung des Stadtoberinspektors Buchholz geführt haben, wird, der „B. Z.“ zufolge, zur sofortigen Vernehmung des Stadtschulrats Anhalt führen.

Anhalt, der sich infolge einer Gallensteinoperation in einem Sanatorium befindet, wird beschuldigt, nicht nur davon gewußt zu haben, sondern auch nicht dagegen eingeschritten zu sein, daß der Stadtoberinspektor Buchholz von Firmen, die Bedarfsartikel für die Schulen liefern, insgesamt 180 000 Reichsmark an Provisionen nahm.

Die Angelegenheit liegt bald ein Jahr zurück, ist vom Magistrat aber geheim gehalten worden. Sowohl der Stadtoberinspektor als auch Stadtschulrat Anhalt bestreiten, sich strafbar gemacht zu haben. In der Personalkommission der Stadt ist es vor einiger Zeit über die Vorgänge in der Schulverwaltung zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen, die dazu führten, daß man die Stellung des Stadtschulrates als erschüttert bezeichnete, wenn er sich nicht restlos von dem gegen ihn ausgesprochenen Verdacht reinigen kann.

Vom Magistrat wird dem Blatt mitgeteilt, daß der Fall Buchholz erst im März dieses Jahres bekannt wurde. Ende des vergangenen Monats habe der Magistrat die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft unterbreitet und gegen Vorhand das Disziplinarverfahren mit dem Ziel auf Anweisung eingeleitet. Bei den Vernehmungen durch die Staatsanwaltschaft sei Anhalt von einem Zeugen beschuldigt worden und ebenso eine dritte Person.

Zeitungsverbot in Thüringen

W.D. Weimar, 30. April. (Tel.) Das thüringische Staatsministerium des Innern hat die „Neue Zeitung“ in Jena, das Organ der KPD für Mittel-, Nord- und Südthüringen und die „Dittzhüringer Arbeiterzeitung“ in Gera auf die Dauer von drei Wochen auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik verboten. Die Zeitungen haben unter der Überschrift: „Nazi-Minister Feind der Lüge überführt“, beschimpfende und verleumdende Behauptungen gebracht, die sich gegen den thüringischen Innenminister Dr. Frick als Mitglied der Landesregierung richten. Gleichzeitig ist Strafantrag wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik gestellt worden.

Vor der Parlamentsauflösung in Polen

W.D. Warschau, 30. April. (Tel.) Im Sejmgebäude hielten gestern die oppositionellen polnischen Links- und Mittelparteien eine gemeinsame Sitzung ab. Laut „Kurjer Warszawski“ wurde beschlossen, beim Staatspräsidenten den Antrag auf Einberufung des Sejms zu stellen. Verfassungsmäßig muß der Staatspräsident einem solchen Antrag stattgeben, wenn er von einem Drittel der Sejmmitglieder unterzeichnet wurde. Damit dürfte sich das Schicksal des gegenwärtigen Sejms nunmehr entscheiden. Da nach wir vor mit der Möglichkeit der baldigen Auflösung des Parlaments und der Ausschreibung von Neuwahlen gerechnet wird, fallen die gestrigen Beratungen der oppositionellen Zentro-Linken auch der Frage der gegebenenfalls einschlagenden Wahlstatistik. Es wurde auch die Aufstellung einer gemeinsamen Liste der sechs Links- und Mittelparteien erwogen.

Unruhen in Lodz

W.D. Warschau, 30. April. (Tel.) In Lodz kam es gestern zu Arbeitslosenunruhen, bei denen zwei kommunistische Sejmabgeordnete als Agitatoren hervortraten. Einer von ihnen, Abg. Jarzki, soll nach den Aussagen von Zeugen bei einem Zusammenstoß der Demonstranten mit der Polizei mit einem Revolver auf die Polizisten geschossen haben. Mehrere Arbeiterbesitzer und zwei Polizeibeamte wurden während der Unruhen verwundet. Der Abg. Jarzki wurde verhaftet.

Wiederzusammentritt des Reichstages. Nach der Ferienpause tritt der Reichstag am Freitag um 3 Uhr nachmittags wieder zusammen, um den Etat für 1930 zu erledigen. Die Beratung beginnt mit einer großen Rede des Reichsfinanzministers Brüning. Nach Beendigung der Aussprache wird dann am Samstag der Etat dem Haushaltsausschuß überwiesen werden.

Die Mittelmeerfahrt des deutschen Geschwaders. Das deutsche Geschwader unter Führung der Linienschiffe „Schleswig-Holstein“ und „Hessen“ ist am Montag in Palermo eingelaufen.

Kündigung des Lohnabkommens bei der Mansfeld-WG. Die Verwaltung der Mansfeld-WG für Bergbau und Hüttenbetrieb hat, da die Verhandlungen mit der Belegschaft über eine Lohnreduktion im Wege einer freiwilligen Vereinbarung ergebnislos verlaufen sind, den Gewerkschafts- und Belegschaftsvertretern erklärt, daß sie das bisherige Lohnabkommen mit dem nächsten zulässigen Termin, d. h. zum 31. Mai d. J., kündigen und die Einleitung des Schlichtungsverfahrens beantragen wird.

Kündigung der deutschen Mandate in Polnisch-Oberschlesien. Bei den in Polnisch-Oberschlesien durchgeführten Gemeindevahlen hat von den bisher verteilten 156 Mandaten die polnische Liste 122 und die deutsche 34 Mandate erhalten. Die deutsche Liste hat im Vergleich zu den letzten Gemeindevahlen 32 Mandate verloren.

* Rechts und Links

Die innere Politik Deutschlands befindet sich seit einiger Zeit in einem Stadium des Überganges. Eine neue Orientierung der Parteien ist notwendig geworden. Und warum? Die Frage ist ohne weiteres zu beantworten.

Zwei große Probleme waren es, die bisher die gesamte Politik des Reiches und seiner Glieder beherrscht haben: das verfassungspolitische und das außenpolitische Problem, und der Kampf um beide hat seinen einstweiligen Abschluß gefunden. Dafür hat sich ein anderes Problem ganz und gar in den Vordergrund gedrängt: das wirtschaftspolitische!

Verfassungspolitisch liegen die Dinge so, daß, wenn morgen eine Abstimmung stattfinden sollte über die Frage „Monarchie oder Republik?“, zweifellos die erdrückende Mehrheit des Volkes grundsätzlich für die Republik stimmen würde. Der größte Teil sogar derer, die den republikanischen Staat bekämpfen, legt immer wieder Wert auf die Feststellung, daß dieser Kampf keineswegs der republikanischen Verfassung als solcher und keineswegs der Zurückberufung der Monarchie diene, sondern lediglich den Zweck habe, diese Art Republik, diese Art des neuen Staates, wie wir sie heute haben, zu ändern. Es sind also ganz bestimmte, als Auswüchse und Verzerrungen empfundene Erscheinungen, die bekämpft werden. Aber die Verfassung selbst wird durch all das nicht bedroht. Und wenn überhaupt Staatsstreikgeklänge bestehen, so gehen auch sie zurück auf rein wirtschaftspolitische Erwägungen und auf die Überzeugung, daß die Weimarer Verfassung oder die Art und Weise, wie sie bis dato bei uns verwirklicht wurde, in einzelnen Punkten nicht geeignet sei, die wirtschaftlichen Kräfte unseres Volkes so zur Entfaltung zu bringen, wie man das im Interesse unseres Vorkriegslebens wünschte sollte.

Jedenfalls darf der Kampf um Verfassungsfragen einstweilen als abgeschlossen gelten. Und grade die Ereignisse der letzten Zeit haben ja gezeigt, daß auch mit diesem so viel geschmähten parlamentarischen System, mit dieser demokratischen Verfassung, sehr wohl eine andere Wirtschaftspolitik begonnen werden kann. Das Verfassungsinstrument hat sich also in höchst kritischer Stunde im ganzen als durchaus brauchbar erwiesen. Es kommt eben nur darauf an, wie man sich dieses Instrument bedient, und wer es bedient.

Das ist ja auch eine der tieferen Ursachen der Krise innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei, daß eben dort die Mehrheit der Fraktion gelernt hat, im parlamentarischen System und in unserer Verfassung eine Möglichkeit zu wirklich staatsverhaltender und aufbauender Arbeit zu erblicken. Ein System kann nicht schlecht sein, welches es gestattet, so rasch und so gründlich einem in seiner Existenz bedrohten Erwerbszweig, wie der Landwirtschaft, zu Hilfe zu kommen. Und selbstverständlich ist es besser, daß eine solche Agrarpolitik nicht einfach unter Ausnutzung von Artikel 48 der Reichsverfassung dekretiert, sondern unter der Zustimmung der Mehrheit des Parlaments nach den Regeln des parlamentarischen Systems beschlossen wird. Wir haben schon neulich mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß Brüning und sein Kabinett mit ihrer Politik das parlamentarische System gerettet haben, und daß die deutschnationalen Jäger es waren, die ihnen diese Rettung ermöglichten. Solche Tatsachen können nicht ohne tiefgreifende Wirkung bleiben.

Was die Außenpolitik betrifft, so hat auch sie — und zwar durch den Youngplan — einen gewissen Abschluß gefunden. Natürlich besteht für Deutschland in seiner eigenartigen Lage noch immer das Gebot von dem Primat, der Vorrangstellung der Außenpolitik. Aber die Aufgaben, die hier in der nächsten Zeit zu lösen sind, bewegen sich auf einer im wesentlichen festgelegten Linie. Erst nach einigen Jahren wird die Frage, ob wir überhaupt den Youngplan auf die Dauer durchführen können, akut werden.

Bis dahin sind wir es uns selbst und unsern Gläubigern schuldig, daß wir alles tun, um unsere Wirtschaft und unsere öffentlichen Finanzen in Ordnung zu bringen. An beidem hat es bis jetzt gefehlt. Und grade die Erkenntnis, daß auch nach dem Youngplan ganz ungeheure Summen an die Gläubigerstaaten zu zahlen sind, andererseits aber öffentliche Finanzen und Wirtschaft in krisenhaften Zuständen am Boden liegen, hat sich im

Mit der Beilage: 56. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Sinne einer neuen Finanz- und Wirtschaftspolitik aus- gewirkt. Es müßten und müssen eben ganz bestimmte Maßnahmen getroffen werden, um jene Krisis zu beseitigen. Die ganze Politik des Kabinetts Brüning steht im Dienste dieses Nuz.

Aber man braucht sich gewiß nicht zu wundern, daß jetzt angesichts dieser rein wirtschafts- und finanzpoliti- schen Probleme die Parteiprogramme verlagen oder doch nicht mehr ausreichen. Solange es sich um verfas- sungspolitische Dinge handelte — vielfach berührten diese Dinge auch das Gebiet der Kulturpolitik —, brauchte man nur im Programm seiner Partei nachzu- sehen, und man fand ungefähr den Weg vorgezeichnet. Und daß Parteien, die auf der Grundlage der demo- kratischen Weimarer Verfassung eine Politik des Friedens betreiben wollen, damit ganz von selbst zu einer ganz bestimmten Art von Außenpolitik verpflichtet werden, ist gleichfalls selbstverständlich. Weniger einfach ist die Ent- scheidung angesichts wirtschaftspolitischer Probleme. Hier handelt es sich oft um Fragen, die sich nach einem Par- teiprogramm überhaupt nicht beantworten lassen, um Fragen der Zweckmäßigkeit. Man kann gar nicht genug das Beispiel Bismarcks zitieren, desselben Bismarck, der als Freihändler amtierte und eines Tages, weil die Stunde es so gebot, die gesamte Handelspolitik auf Schutzzoll umstellte!

Wir verwirren die Gemüter und damit die gesamte Politik unseres Vaterlandes nur, wenn wir diese finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen rein unter dem Ge- sichtswinkel der Parteiprogramme, der Parteipolitik be- trachten. Es ist schon so, daß jemand verfassungs- und kulturpolitisch weit links und wirtschaftspolitisch, um die Schlagworter „links“ und „rechts“ auch hier anzu- wenden, weit rechts stehen kann. Und umgekehrt! Mit der parteipolitischen Überzeugung braucht das aber alles nichts zu tun zu haben. Höchstens ist insofern eine ganz bestimmte Beeinflussung zu erwarten, als ein Deutsch- nationaler, der den republikanischen Staat in Grund und Boden verurteilt, in dieser seiner verfassungspoliti- schen Ansicht erschüttert werden kann, wenn er sieht, daß dieser selbe Staat der deutschnationalen Landwirt- schaft auf die Beine hilft. Allerdings ist über das Wie einer solchen Hilfe viel weniger zu streiten als etwa über die Methode, nach welcher man das wichtigste fi- nanz- und wirtschaftspolitische Problem unserer Lage, das Problem der Arbeitslosigkeit und der Arbeitslosen- versicherung, löst.

Daß die Arbeitslosigkeit beseitigt wird, ist der Wunsch aller Parteien, mit Ausnahme vielleicht der Kommuni- sten, die aus diesen Zuständen agitatorisches Kapital schlagen. Die Arbeitslosigkeit hat aber bei uns eine der- artige Form angenommen, daß man sich nur von sehr gründlichen Heilmitteln Erfolg versprechen kann. Wir haben uns leider schon an Ziffern gewöhnt, die vollkom- men über der Grenze des Erträglichen liegen. Schon der fünfte Teil der heutigen Arbeitslosenziffer wäre ein sehr ernstes Gefahrzeichen für unser Wirtschaftsleben.

Geholfen werden soll in gleicher Weise diesen Arbeits- losen, diesen verelendenden Teilen des Arbeitnehmers- tums, und der Wirtschaft selbst. Über die Methoden ist man sich allerdings nicht einig. Hier hat sich eine Kluft aufgetan zwischen der Sozialdemokratie und den übrigen Parteien. Nur weiß man immer noch nicht recht, ob wirklich bei der Stellung der einzelnen Parteien das rein sachliche, wirtschaftspolitische Interesse maßgebend ist oder die Rücksicht auf wahlstatistische Momente; also die Angst, Wähler zu verlieren, falls man eine Politik befürwortet, die zunächst gewisse Einschränkungen und Reduktionen mit sich bringt, im ganzen aber nach und nach das Wirtschaftsleben gesunden läßt, die Arbeits- losen wieder in den Produktionsprozess einfügt und durch Hebung der Wirtschaft die öffentlichen Kassen wieder füllt. Jedenfalls gilt auch hier die Beobachtung, daß der Wirtschaftstheoretiker, der von höherer Warte aus die Lage betrachtet, sich unabhängig von der Haltung seiner Partei seine eigene Meinung bilden wird. Vielleicht muß er es sich dann gefallen lassen, je nachdem einer Neigung nach rechts oder einer Neigung nach links be- zichtigt zu werden!

Bundestanzler Dr. Schöber hatte am Dienstag in Paris eine längere Unterredung mit Briand.

Graf Adalbert Sternberg †. Der bekannte Politiker und frühere österreichische Reichsratsabgeordnete Graf Adalbert Sternberg ist in einem Wiener Sanatorium gestorben. Graf Sternberg, der seinerzeit den Burenkrieg auf Seiten der Buren gegen die Engländer mitmachte, gehörte infolge seiner tem- peramentvollen Angriffe gegen die österreichische Generalität und zahlreiche seiner aristokratischen Standesgenossen zu den bekanntesten Figuren des alten und neuen Österreich.

Antauf der Wiener „Neuen Freien Presse“ durch Allstein? Zu einer Notiz in einer Berliner kommunistischen Zeitung, daß der Antauf der „Neuen Freien Presse“ durch Allstein von der Reichsregierung finanzielle Unterstützung erfahren solle, hören wir von unterrichteter Seite, daß an der ganzen Mel- dung kein Wort wahr ist. — Bekanntlich befinden sich einige Wiener Zeitungen in tschechischem Besitz.

Frauen als Richter in der Türkei. Nach einer Verfügung des türkischen Staatspräsidenten sind zum ersten Male in der Türkei zwei Frauen zu Richtern ernannt worden.

Die Touraine wurde gestern von einem heftigen Unwetter heimgesucht. Bei Tours ging eine Wasserhose, begleitet von Hagelschlag, nieder. Auch aus Montpellier werden starke Regengüsse gemeldet, die zu Überschwemmungen geführt ha- ben. An den Westküsten ist beträchtlicher Schaden angerichtet worden.

Im Gefängnis zu Columbus wurde ein erneuter Ausbruchs- versuch der Sträflinge durch Gewehrfeuer der Wärter ver- eitelt.

Aus den Ländern

Das Gutachten des Reichspartoministers für Württemberg

Das württembergische Staatsministerium hat am Dienstag den ersten Hauptband des Gutachtens des Reichspartoministers Dr. Sämisch über die Landesverwaltung Württemberg dem Landtag vorgelegt. Das sehr umfangreiche Gutachten behandelt im ersten Bande den Behördenaufbau Württembergs und die Lage der württembergischen Staatsfinanzen.

Unter den Reformzielen für eine sparsamere Staatsverwal- tung steht das Gutachten vor: Aufhebung von 38 Oberamts- bezirken und von 13 Amtsgerichten, Zusammenlegung von 4 Amtsgerichten zu 2 neuen, Vereinfachung bei den Ministerien, Zusammenlegung des Innen- und des Wirtschaftsministeriums, Verringerung der Zahl der Abgeordneten von 80 auf 72. Aber die Finanzlage des Landes Württemberg stellt das Gut- achten des Reichspartoministers fest, daß diese dort der Spar- samen Politik des Landes heute besser sei als die aller an- deren deutschen Länder.

Hessisches Zentrum für Erhaltung Hessens

Ministerialrat Hoffmann (Darmstadt), Mitgl. d. Hess. Land- tags und Führer des Hess. Zentrums, nimmt in einer ausführ- lichen Arbeit Stellung zu dem Problem der Reichsreform und dem Lösungsvorschlag, den die Länderkonferenz ausgearbeitet hat. Er lehnt den von der Länderkonferenz ausgearbeiteten Vor- schlag scharf ab und setzt sich für eine föderative Lösung der Reichsreform ein, gegenüber der zentralistischen Lösung der Länderkonferenz. Er befürwortet die Erhaltung Hessens und beruft sich dabei auf das Gutachten des Reichspartoministers, in dem ausdrücklich gesagt sei, daß Hessen als Land finan- ziell durchaus bestehen könne. Nach dem Vorschlag der Län- derkonferenz würde aus dem Norden Deutschlands ein zen- tralistisch regierter Balken, an dem die übrigen Länder und Pseudoländer aufgehängt würden. Durch den Vorschlag würde die Mainlinie stärker denn je betont. Norddeutscher Zentralismus würde sich hier mit süddeutschem Föderalismus treffen. Hessen aber, in der Abhängigkeit Preußens, könne seine Aufgabe als Brücke über den Main nicht mehr erfüllen. Die Existenz Hessens sei im Zusammenhang mit der Reichs- reform weniger eine heftige, als vielmehr eine eminent deutsche Frage. Das heftige Zentrum fordert, daß man bei den Lösungsvorschlägen auf die alten Vorschläge von Hugo Preuß zurückkomme. Man müsse aber von Reichs wegen sorgen, daß Preußen für das gewonnene Land unter Beach- tung des Artikels 18 der Reichsverfassung Landesteile aus- gliedere, damit bei den anderen Ländern eine vernünftige Grenzziehung möglich wäre. Weiter fordert der Führer des hessischen Zentrums, daß die Methode, die Länder finanziell auszubohlen, unterbunden werden müsse. Im Zusammen- hang damit verlangt er einen Finanzausgleich, der den Le- bensmöglichkeiten der Länder gerecht werde. In Hessen be- sitzt das Zentrum eine politische Schlüsselstellung.

Einnahmen und Ausgaben des Landes Württemberg. Nach dem Ausweis über die Einnahmen und Ausgaben des Lan- des Württemberg im Rechnungsjahr 1929 bis Ende März 1930 haben betragen im Ordentlichen Haushalt die Mehraus- gaben 4 034 000, im Außerordentlichen Haushalt die Mehr- ausgaben 1 641 000 M.

Keine Einbürgerung Hitlers. Auf eine kleine Landtags- anfrage an die thüringische Regierung ist folgende Antwort er- teilt worden: „Die thüringische Staatsregierung hat nicht die Absicht, Herrn Adolf Hitler die Erwerbung der thüringischen Staatsbürgerschaft dadurch zu ermöglichen, daß sie ihn pro forma als thüringischen Staatsbeamten anstellt.“ gez. Baur.

Zu den Verfehlungen bei den Frankfurter Finanzklassen

Wie kürzlich berichtet wurde, ist man bei den Finanzklassen Frankfurt-Ost und West unläuterer Machenschaften zweier Beamten auf die Spur gekommen. Hierbei ergab sich, daß in dem einen Falle recht erhebliche Beträge unterschlagen wor- den sind. Leider beschränkte sich die Unterschleifen nicht auf die beiden Fälle, sondern es sind allein in Frankfurt gegen- wärtig gegen fünf Steuerbeamte Verfahren anhängig, und die Zahl der Fälle im Landesfinanzbezirk Kassel, der etwa das Gebiet von Hessen-Nassau umfaßt, erhöht sich dort auf 15. In den meisten Fällen handelt es sich um die Veruntreu- ung unbedeutender Summen. Kürzlich hat von Kassel aus eine außerordentliche Revision der Akten stattgefunden, bei der sich die Verfehlungen herausstellten.

Endlich gefast

Das berühmte Eindrückerbrüderpaar sah wurde Dienstag abend in Berlin endlich auf freier Tat ertappt und festge- nommen. Die beiden sieben bekanntlich auch im Verdacht, den verwegenen Bankraub am Wittenbergplatz verübt zu ha- ben. In ihrem Besitz wurde modernes Eindrückerwerkzeug gefunden. Ihre Verhaftung bei einem Einbruchversuch in der Flemingstraße gestaltete sich außerordentlich dramatisch. Die Polizeibeamten sprangen aus Straßendrüsen und auch das Publikum nahm an der Verfolgung teil. Die fliehenden Verbrecher wären im letzten Augenblick doch entkommen, wenn nicht der eine über eine Bananenschale ausgeglitten wäre und den anderen mit sich zu Boden gerissen hätte.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, hat der Unter- suchungsrichter die Voruntersuchung in der „Favag“-Angelegen- heit auch auf Generaldirektor Möbe von der Vereinigten Berlinischen und Preussischen Lebensversicherungs-AG. in Berlin, die bis zum Zusammenbruch der „Favag“ zu deren Konzern gehörte, ausgedehnt. Das Verfahren wird geführt u. a. wegen Beihilfe zur Untreue und zum Betrug der Vor- standsmitglieder der „Favag“.

Im Riesengebirge ist die Temperatur seit gestern stark ge- sunken. Das Thermometer steht in den höheren Lagen des Gebirges unter Null. Es schneit bis etwa 800 Meter. Bei der Kirche Wang (885 Meter) liegen heute vormittag 4 bis 5 Zentimeter, auf dem Ramm 10 bis 12 Zentimeter Neuschnee. Es schneit weiter.

„Daily Herald“ zufolge wird erwartet, daß in absehbarer Zeit britische und deutsche Luftschiffe in Deutschland zusam- mentreffen werden. Dr. Edener habe das englische Luft- fahrtsministerium eingeladen, ein Luftschiff nach Friedrichs- hafen zu entsenden, sobald die im Bau befindliche neue große Halle fertig sei. Es sei zu erwarten, daß die Einladung an- genommen werde.

Der nicht neue Streit wegen der Einstellung farbiger Matrosen auf britischen Schiffen in Zeiten der Arbeits- losigkeit unter den weißen Seeleuten, führte in North Shields (Northumberland) zu blutigen Zusammenstößen. Die Far- bigen gingen mit Taschenmessern und Rasiermessern vor. Vier Weiße wurden verletzt.

Bei Vigo stürzte ein vollbesetztes Lastauto in eine 10 Meter tiefe Schlucht. 20 Personen wurden zum Teil schwer verletzt.

Ein Miesenbrand zerstörte im Geschäftsbiertel der solunt- bischen Stadt Cuzco einen ganzen Block von Läden und Bank- gebäuden.

Die Organisationsgrundsätze in der heutigen deutschen Polizei

Von Ministerialrat Dr. Baur (Karlsruhe)

III.

Zeigt sich im uniformierten Dienst der Polizei und ins- besondere im heutigen Reviersystem ein starker Zug zur Dezent- ralisation, so kann umgekehrt bei der Organisation der deut- schen Kriminalpolizei eine verstärkte Zentralisation festgestelt werden. Der gegenwärtige Kampf gegen das Verbrechen er- fordert nicht nur eine qualifizierte Beamtenschaft, son- dern auch einheitliche technische und organisatorische Vor- lehnungen, die wir in den Landesstriminalämtern und Landes- kriminalstellen finden. Dabei boten die in weiterem Umfang verlaasslichten örtlichen Kriminalpolizeien die Möglichkeit, eine Organisation aufzubauen, die es gestattet, dem reisenden und internationalen Verbrecher Spezialbeamte, die in der örtlichen Zuständigkeit nicht beschränkt sind, entgegenzustellen. Derartige technische und organisatorische Einrichtungen haben in der Nachkriegszeit die meisten größeren deutschen Länder getroffen, und sie haben damit in weitem Umfang die Grundsätze des Reichskriminalgesetzes von 1922, das ja bisher nicht in Kraft getreten ist, im Kampf gegen das gemeine Verbrechen ver- wirklicht. Aber auch international belagern wir heute schon ge- wisse überstaatliche Organisationsformen im Kampf gegen das Verbrechen, als welche ich die Internationale Verbrecher- evidenz und die Zentralstelle zur Bekämpfung von Geld- zeichen- und Scheckfälschungen bei der Bundespolizeidirektion in Wien ansprechen möchte. Diese internationalen Organi- sationen sind im wesentlichen das Ergebnis der Arbeit der Internationalen Kriminalpolizeilichen Kommission, die unter Führung des Bundeskanzlers, früheren Polizeipräsidenten Dr. Schöber (Wien), 1923 auf dem Internationalen Polizei- kongress in Wien gegründet wurde.

Die neue überörtliche Organisation der deutschen Kriminal- polizei stützt sich insbesondere auf zwei polizeiliche Dienst- zweige: den Erkennungsdienst und den Nachrichtendienst. Unter Erkennungsdienst verstehen wir alle die technischen Ein- richtungen und Hilfsmittel, die zur Feststellung der Täter- schaft dienen, insbesondere zur Identifizierung der Person- lichkeit. Im Mittelpunkt steht heute die Dattyskopie. Finger- abdrücke werden aber nicht nur genommen von festgenomme- nen Verbrechern, sondern Fingerabdrücke werden auch ge- sichtet am Tatort. Deshalb treten zu den allgemeinen dattys- kopschen Karteien Eingefingerarten und Handballenarten. Weitere Mittel der Identifizierung sind Kennzeichen- karteien, Spinnamentarten usw. Neben dem Erkennungsdienst, der notwendig mit polizeitechnischen Anstalten für photographische Reproduktion usw. zu verbinden ist, steht der polizeiliche Nachrichtendienst, der insbesondere in den Spe- zialisten und Spezialistenarten alle Nachrichten sammelt, die in einem weiteren Gebiet über unauferfachte Straftaten und sogenannte Spezialisten bekannt sind. Denn es ist eine Erfahrungstatsache, daß der gewöhnlichsmäßige und gewerb- liche Verbrecher nur selten sein Arbeitsgebiet wechselt, und daß seine Arbeitsweise, sein Trick, ihm fernlich machen.

Die Einrichtungen des Erkennungsdienstes und des Nach- richtendienstes sind in Deutschland weitgehend vereinheitlicht und technisch durchgearbeitet worden durch die Deutsche Kri- minalpolizeiliche Kommission, die ebenso wie die Internatio- nale Kriminalpolizeiliche Kommission ein Gremium anerkannter Fachleute darstellt, deren Beschlüsse und Gutachten sich die deutschen Länder bei Organisation ihrer kriminaltechni- schen Einrichtungen dann zu eigen machten. Die Deutsche Kriminalpolizeiliche Kommission ist unter Führung des Präsi- denten des Sächsischen Landesstriminalamts, Dr. Paltsch, Dresden, 1925 in Karlsruhe gegründet worden.

Eine wesentliche und notwendige Ergänzung hat die einheit- liche Organisation der staatlichen Kriminalpolizei in Deutsch- land ferner erhalten durch die Neuordnung und Vereinfach- ung auch der deutschen Fahndungsblätter. Seit 1928 wird vom Landesstriminalamt Berlin für das ganze Reich das Deutsche Kriminalpolizeiblatt und das Deutsche Siedbrü- ckerregister herausgegeben für alle wichtigen und überörtlichen Ausschreibungen. Auf Grund dieses Fahndungsmaterials sind auch in ganz Deutschland sogenannte Landesfahndungstage veranstaltet worden, die sich bei gleichzeitiger Durchführung in den verschiedenen Ländern sehr bewährt haben.

Neben den Landeszentralen haben wir heute in Deutsch- land auch sogenannte Länderzentralen, und zwar die Zent- rale für Fingerabdrücke (Besinnungarten), für reisende und internationale Verbrecher, die Zentrale zur Bekämpfung der Taschendiebstahl und die Zentrale zur Bekämpfung von Falsch- geld in Berlin, die Zentrale zur Ermittlung von Vermissen und unbekanntem Toten in Dresden und die Zentrale zur Bekämpfung des Zigeunerumwelsens in München.

Zentral steht den deutschen Polizeibehörden insbesondere auch für die kriminelle Fahndung weiter das deutsche Volks- zeitschreiben zur Verfügung, das vom Reich einheitlich geleitet und technisch von der Hauptstelle Berlin einheitlich ver- sehen wird. In Zusammenarbeit mit allen Polizeibehörden können über das deutsche Volkszeitschreiben Fahndungen in ganz Deutschland in der kürzesten Zeit verbreitet werden. Aber auch international können für die angeschlossenen außerdeut- schen Länder Funtsprüche gegeben und empfangen werden. Dabei wird ein internationaler Polizei-Code benutzt, der eben- falls von der Internationalen Kriminalpolizeilichen Kommissi- on ausgearbeitet worden ist.

IV.

Wie schon eingangs erwähnt, haben die organisatorischen und technischen Veränderungen im deutschen Polizeiwesen auch Veränderungen und Verbesserungen in der Auswahl und in der Ausbildung der Polizeibeamten notwendig gemacht. Der Ersatz der Polizei und Gendarmerie kam früher größtenteils aus dem Heer und führte dem staatlichen Sicherheitsdienst maffenkundige Beamte zu, die lediglich noch fachlich auszubil- den waren. Heute haben wir, nachdem das frühere Zeitver- hältnis in der Sicherheitspolizei auf Grund des Friedensver- trags beseitigt werden mußte, nach Aufgabe der neueren Polizeibeamtengelage überall die sogenannte Einheitslaufbahn, die es notwendig macht, die Polizeianwärter selbst heranzu- ziehen und waffentechnisch wie fachlich auszubilden. Es ge- schieht das einmal auf den Polizeischulen, in die die An- wärter jahrgangsweise einberufen werden. Die weitere Aus- bildung erfolgt sodann in den Vereinstufen, wo diese Aus- bildung sowohl eine fachliche wie eine allgemein berufliche ist. Der allgemein berufliche Unterricht soll den Beamten nicht nur jene Allgemeinbildung und allgemeine Kenntnis des modernen Lebens vermitteln, die er für die verantwortliche Tätigkeit in seinem späteren Beruf braucht, sondern er soll meines Erachtens auch dazu dienen, bei frühzeitiger körper- licher Untauglichkeit für den Außendienst, der in einem gewis- sen Prozentsatz immer eintreten wird, den Übergang in an- dere Beamtenlaufbahnen zu erleichtern. Wer die hier ent- stehenden Schwierigkeiten in der Praxis kennt, wird diese Be-

Badischer Teil

Die badische Landwirtschaft und der Milchzoll

Von dem seit 24. April erlassenen Einfuhrzoll auf Milch von 5 Pf. pro Liter werden die Schweizer Milchlieferanten aufs schwerste betroffen, die längs der badisch-schweizerischen Grenze von Konstanz bis Basel ihre Milch in das badische Gebiet liefern. So beträgt die Ausfuhr des Kantons Thurgau nach Konstanz pro Tag 8000 Liter und die durch Zoll verursachte Verteuerung, da die Kannen mitgewogen werden, zirka 7 1/2 Pf. pro Liter. Da die schweizerischen Milchverbände bei dieser Milchpreisverhöhung nicht mehr konkurrenzfähig sind, so müssen nun die von Madoll bis Lörrach im Laufe des letzten Jahres geschaffenen badischen Milchmehlfabriken in vermehrter Maße herangezogen werden.

Schweizerischerseits ist man nun durch den Schweizer Gesandten in Berlin bei der Reichsregierung dahin vorstellig geworden, daß entweder eine gänzliche Aufhebung der Zölle erreicht wird, oder wenigstens entlang der Grenze eine 10 Kilometer tiefe freie Zollzone errichtet wird, in welcher Milch wie bisher von der Schweiz zollfrei geliefert werden kann. Von Waldshut wurde aber sofort an das badische Innenministerium ein Telegramm gerichtet, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß diese Zone nicht bewilligt wird. Der Aufbau der Milchwirtschaft im südlichen Schwarzwald und im Soßenwald werde dadurch unmöglich gemacht. Auch in der vor einigen Tagen in Karlsruhe stattgefundenen Vollversammlung der Badischen Landwirtschaftskammer wurde ein Antrag angenommen, in dem an die badische Regierung die dringende Bitte gerichtet wird, dafür zu sorgen, daß jeder Antrag auf Erlassung des Milchzolls für Milch nach Baden von der Reichsregierung abgelehnt wird, da die badische Landwirtschaft in der Lage sei, die notwendige Milchmehl für die Versorgung sämtlicher badischen Städte reiflos aufzubringen.

Verurteilung der Mannheimer „Arbeiterzeitung“

Die Dienstagmorgenverhandlung des Schwurgerichts Mannheim brachte eine Verurteilung wegen Aufforderung zur Zuwiderhandlung gegen behördliche Verordnungen. Angeklagt war Schriftleiter Seymann von der „Arbeiterzeitung“, der am 5. Februar in dem Blatte einen Artikel veröffentlichte, der sich mit den Vorwürfen gegen die Nationalsozialisten und Kommunisten beschäftigte. An das Reichsgericht erfolgte ein Verbot durch das Bezirksamt waren Ausführungen geknüpft worden, die von der Anklage als Aufforderung zur Zuwiderhandlung gegen die Verordnung angesehen wurden. — Der Staatsanwalt beantragte 3 Monate Gefängnis, während der Verteilung Freisprechung forderte. Das Urteil lautete auf eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten.

Aus der badischen Industrie

Lohnkampf in der Textilindustrie des Albtals. Als Abwehr gegen Lohnabzüge haben heute, Mittwoch, alle Belegschaften der Textilindustrie des Albtals auf 15. Mai d. J. zum Zwecke des Streiks ihre Kündigung eingereicht. Es handelt sich um zirka 2000 Textilarbeiter. Die seit 14. November 1927 geltenden Höchstsätze für über 25 Jahre alte Arbeiter wollen die Arbeitgeber, wie verlautet, von 65 auf 60 Pf. herabsetzen.

Teilstreit in der oberbadischen Textilindustrie. In der Spinnerei und Weberei Maulburg und Steinen (bei Schopfheim), welche drei Betriebe umfaßt, ist am Dienstag ein Streik der Automatenweberei der Zettlerinnen und Spulerrinnen ausgebrochen, da in der 14tägigen Kündigungsfrist zwischen Arbeitnehmerschaft und Arbeitgeber keine Einigung zustande gekommen ist. Der Streik, der zirka 90 Arbeiter und Arbeiterinnen umfaßt, bringt in wenigen Tagen auch die anderen Teile des Betriebs zum Erliegen, so daß insgesamt 1100 Personen arbeitslos sein würden. Die vom Arbeitsamt Lörrach zugewiesenen Ersatzpuleurinnen haben die Arbeit nicht angetreten. Der Streik hängt mit der Rationalisierung des Betriebs zusammen, sowie mit der gleichzeitigen vorgenommenen Herabsetzung der Akkordsätze. Die Gewerkschaft, die sich auf einen mehrwöchigen Streik eingerichtet hat, macht den Vorschlag, daß beide Teile wegen der Lohnherabsetzung auf halbem Wege entgegenkommen.

Neue Industrie in Nehl. Am Neher Hafen siedelt sich eine neue Industrie an. Das große Sägemetz Silvana AG. in Hüfingen ist der Unternehmer der Industrie, in der die anfallenden Rundhölzer der fürstlich fürstbergischen Waldungen der Wolfacher Gegend zur Verarbeitung kommen werden. Da Holz schon nach Nehl anrollt, wird auch in den nächsten Tagen der Betrieb, in dem 40 bis 60 Personen zu Anfang Beschäftigung finden werden, begonnen werden.

Gemeinderundschau

Zum Bürgermeister ernannt. Das badische Innenministerium hat den Landwirt und Vorstand der Wingergenossenschaft, Karl Gylsherr in Bickenhof, auf die Dauer von zwei Jahren zum Bürgermeister ernannt. Die drei Wahlhandlungen zur Bürgermeisterwahl waren ergebnislos verlaufen.

Aus dem Gemeinderat Oberbach. Vorbestalltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses stimmte der Gemeinderat dem Schuldenentlastungsplan für das bei der Sparlaste aufgenommene Darlehen von 8500 Reichsmark zum Weiterbau der König-Heinrich-Strasse zu. Der Gemeinderat beschloß einstimmig, den vom Unterrichtsministerium angeregten Abau der Unterprima und Oberprima des Oberrealschule abzulehnen, da die Stadtgemeinde an der Erhaltung der Oberrealschule ein lebenswichtiges Interesse habe. Oberbach, das durch die Abbaumassnahmen des Reichs und der Länder wie keine andere mittlere Stadt Badens seit Jahren betroffen sei, müsse mit aller Energie für die Erhaltung der noch vorhandenen Einrichtungen eintreten. Das Projekt des Stadtbauamts über die Errichtung eines neuen Hochbehälters für die Wasserversorgung links des Neckars, insbesondere Neckarwimmersbach, wurde eingehend geprüft.

„Bad Wimpfen“. Am Sonntag erhielt das romantische Städtchen Wimpfen anläßlich der Einweihung des neuen Kurmittelhauses von der heftigen Regierung den Titel „Bad Wimpfen“ verliehen.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Der Vorüberzug des über Südfrankreich gelegenen Tiefdruckgebietes, der sich in der Hauptsache südlich der Alpen vollzog, brachte auch uns gestern nachmittag besonders in den südlichen Landesteilen Gewitter mit Regen und Hagel. Das Tief ist inzwischen über den Karpatenländern angelangt, so daß wir uns bereits auf seiner Rückseite befinden. Die Winde haben dabei nach Nord gedreht. Ein Randwirbel liegt aber noch über dem Rheintal. Für morgen ist daher noch nicht mit trodener Witterung zu rechnen, zumal mit nordöstlichen Winden jetzt feuchtwarme Luft herangeführt wird. Wetterausichten: Weiterhin etwas kühl, sonst keine wesentliche Änderungen.

Aus der Landeshauptstadt

Kostfandsarbeit für Wohlfahrtsvereine. Die Abmilderung bei Darlehen, die sogenannte „Hohle“, wird im Wege einer Kostfandsarbeit zur Beschäftigung von Fürsorgeempfängern des städtischen Fürsorgeamts aufgeführt. Es handelt sich hierbei um die Beschäftigung von sogenannten ausgeleiteten Arbeitslosen und solchen Erwerbslosen, die keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben, durchweg also um langfristige Erwerbslose, denen schon aus Gründen der Arbeitsmoral eine Beschäftigungsmöglichkeit geboten werden muß. Die Arbeit bezweckt die hochwasserfreie Auffüllung der Darländer Hohle, die Errichtung von Albuserdämmen und die vorläufige Herrichtung des ganzen Geländes an dieser Stelle als Teil der künftigen Albusanlagen; sie umfaßt bei 18 000 Kubikmeter Erdbewegung schätzungsweise 6000 Tagesstunden.

Vom Welttreffen der Badener. Bekanntlich ist für den Dienstag ein Ehrenausflug gebildet worden, dessen Vorsitz der badische Staatspräsident übernommen hat, und dem führende Persönlichkeiten des badischen Landes und des Deutschen Reichs angehören. Neuerdings hat auch der deutsche Reichsfunkler Dr. S. Brünning sein persönliches Wohlwollen und Interesse an dieser hochkulturellen und heimatpolitischen Veranstaltung dadurch bezeugt, daß er ebenfalls das Amt eines Mitgliedes des Ehrenausfluges angenommen hat. Auch die übrigen Minister des neuen Kabinetts sind dem Ehrenausflug beigetreten.

Was der Jahrmarkt am Dienstag brachte. Die Beliebtheit des Jahrmarkts steigert sich von Tag zu Tag. Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß Frau Staatspräsidentin und Tochter, Minister Dr. Wittmann mit Gemahlin, Polizeidirektor Haußer, Bürgermeister Fischer (Donauerschingen) und Bürgermeister Schneider den Jahrmarkt besuchten. Die Ausstattung der Räume, die ja von den Herren Hecht und Kämpfer stammt, erregt täglich wachsende Bewunderung. Dazu noch die trefflichen Leistungen der Kapelle Mahagoni 5, und man ist von der Qualität des Jahrmarkts überzeugt. Singu kommen noch die täglichen Darbietungen, die ebenfalls sehr hohes Niveau zeigen. Am Dienstag zeigte Oda Hefft als Einlage während der am Nachmittag stattfindenden Kinderbelustigung des Zirkus Benz zwei Tänze, die von Neuen ihr ganz großes Können darlegten. Am Abend veranstaltete das bekannte Sporthaus Freundlieb nach der Abendvorstellung des Zirkus Benz eine Modeschau für Bade- und Strandkleidung. Als Einlage während der Modeschau zeigte Solo Dohlinger vom Landestheater einige Tänze, die ebenfalls sehr gefielen. Ebenso feuerte Oda Hefft noch einige Tänze bei. Der heutige Mittwoch bringt eine Tanzschau, veranstaltet vom T.C. Schwarz-Weiß, außerdem Sportvorführungen der Karlsruhe'er Sportvereine Germania und die so reich beliebt gewordenen Gildesportveranstaltungen.

Das Karlsruher Schwurgericht verurteilte wegen Falsch-eides den 27 Jahre alten Albert Stahmer aus Pforzheim zu 5 Monaten Gefängnis abzüglich 2 Monate Untersuchungshaft. Der Angeklagte hatte in einem Alimentationsprozeß unter Eid unwahre Angaben bezüglich seiner Beziehungen zur Kindesmutter gemacht.

Wie komme ich zu einer Aussteuer? Hier wurde ein Passfrierin festgenommen und ins Bezirksgefängnis eingeliefert, weil sie Gelder in Höhe von 3300 M untergeschlagen und bis auf 90 M zum Kauf einer Aussteuer verwandt hatte.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	30. April		29. April	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.58	168.72	168.41	168.75
Kopenhagen 100 Kr.	112.00	112.22	112.01	112.21
Italien . . . 100 L.	21.92	21.96	21.92	21.96
London . . . 1 Pf.	20.34	20.38	20.343	20.383
New York . . 1 D.	4.184	4.192	4.184	4.192
Paris . . . 100 Fr.	16.415	16.455	16.41	16.45
Schweiz . . 100 Fr.	81.115	81.375	81.105	81.265
Wien 100 Schilling	59.005	59.125	58.995	59.153
Brag. . . 100 Kr.	12.399	12.419	12.399	12.419

Durchführung von Sachlieferungsverträgen auf Grund des neuen Planes

Die Handelskammer Karlsruhe teilt mit, daß sie bereits im Besitz des Merkblattes für den Abschluß und die Durchführung von Sachlieferungsverträgen auf Grund des neuen Planes ist und welches Interessenten auf Wunsch unentgeltlich zur Verfügung steht.

Das Merkblatt bildet eine Ergänzung zur amtlichen Verfahrensvorschrift für Sachleistungen, die mit dem demnächst zu erwartenden Inkrafttreten des Youngplanes an die Stelle der bisherigen Vorschriften tritt. Das Merkblatt gibt über alle Fragen des Sachlieferungsverkehrs, z. B., nach welchen Ländern Sachlieferungen künftighin erfolgen können, wer Empfänger solcher Sachlieferungen sein kann, wie solche Geschäfte angeknüpft und vermittelt werden, welche Waren geliefert werden können, über Verzollung der Lieferungen, Form der Lieferungen usw. nähere Auskunft. Das Merkblatt enthält ferner eingehende Ausführungen über die Fragen, wer für die Bezahlung der Sachlieferungsverträge verantwortlich ist, was mit den Sachlieferungsverträgen im Falle der Nichtigkeitsgenehmigung geschieht, sowie über das besonders interessierende Zahlungsverfahren.

Die Handelskammer Karlsruhe weist bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß grundsätzlich Verträge über weniger als 3000 M als Sachlieferungsverträge nicht genehmigt werden können, es sei denn, daß es sich um Nachträge zu vorher genehmigten Verträgen handelt. Die noch unter der alten Vorschrift genehmigten, aber bei der demnächst zu erwartenden Inkraftsetzung der neuen Vorschrift noch nicht abgewickelten Sachlieferungsverträge bleiben nach Mitteilung der Handelskammer Karlsruhe unberührt. Die laufenden Verträge werden nach den Grundsätzen der alten Vorschrift durchgeführt, nur treten an die Stelle der Zahlungen durch Sichtwechsel Zahlungen durch Schecks.

Sinner AG., Karlsruhe-Grünwintel. Zu der am Dienstag abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung waren 23 Aktionäre, die 58 331 Stimmen vertraten, anwesend. Die Regularien wurden genehmigt, der Aufsichtsrat wiedergewählt und die Verteilung einer sofort auszuhaltenden Dividende von 10 Proz. beschlossen.

Der Privatbistrom wurde — wie aus Berlin gemeldet wird — für beide Sichten um je 1/8 von 4 1/2 auf 4 3/4 Proz. ermäßigt.

Kurze Nachrichten aus Baden

* Mannheim, 30. April. Das Mannheimer sozialdemokratische Parteiorgan, die „Mannheimer Volksstimme“, kam am 1. Mai auf vierzig Jahre Tätigkeit im Dienst der Partei zurück. Dazu haben Verlag u. Redaktion eine besondere Festausgabe zusammengestellt, die 104 Seiten stark ist und eine Reihe Aufsätze aufweist, die aus der Feder bekannter Schriftsteller und Politiker stammen. Besonders Interesse verdienen die Aufsätze Hermann Müllers über seine Mannheimer Jugend-

Leitung des allgemein bildenden Unterrichts besonders zu schätzen wissen. Steht der alter gewordene Beamte zum Einzelknecht oder zur technischen Sonderverwendung heran, so erhält er hierfür auf den Landespolizeischulen nochmals eine besondere kurzfristige Ausbildung. Von diesem Zeitpunkt an stellt dann seine Fortbildung für die gehobenen Stellen gewissermaßen eine freiwillige Leistung dar, der Staat gibt nur in einem gewissen Umfang die Möglichkeit, die qualifizierte Eignung nachzuweisen. Nicht alle, sondern nur die Besten sollen und können in die Führerstellen einrücken.

Auch im Polizeibildungswesen haben die Verhältnisse es mit sich gebracht, daß von den kleineren Ländern die Einrichtungen der größeren deutschen Polizeien, also insbesondere der preussischen, mitbenutzt werden. Das gilt für Körperbildung, z. B. hinsichtlich der Preussischen Polizeischule für Leibübungen in Spandau, für Kraftfahrwesen und Kunstwesen hinsichtlich des Polizeieinstituts für Technik und Verkehr in Berlin und für die qualifizierte Ausbildung der obersten Führer in Polizei und Gendarmerie bezüglich des „Polizeieinstituts“ in Berlin.

Eine besondere Ausbildung wird in E. in der heutigen Polizei auch notwendig für die der Exekutive übergeordneten und für sie verantwortlichen Verwaltungsbeamten. Denn es ist ganz zweifellos, daß durch die Universalität und die Vorbereitungspraxis den angehenden Juristen eine nur geringe polizeiliche Belehrung zuteil werden kann. Hier wird man versuchen müssen, durch Abordnung zu größeren Polizeidienststellen, aber auch durch Kurse (Polizeieinstitut Berlin) eine ergänzende Unterrichtsmöglichkeit zu eröffnen. Dieses Bedürfnis ist übrigens auch im Ausland empfunden worden, und es ist wohl diese Ausbildungsfrage heute am besten geregelt in Ungarn, wo Polizeijuristen und Polizeioffiziere auf der Zentralpolizeischule in Budapest eine gemeinsame Sachausbildung erfahren.

V.

Von den eingangs vorgetragenen Hauptgrundsätzen der modernen Polizei scheint mir der Gesichtspunkt der Einheitspolizei und des einheitlichen Zusammenwirkens aller Polizeikräfte der stärkste und weittragendste zu sein, denn er reicht einmal unmittelbar über die Ländergrenzen hinaus und führt zu einer Verflechtung des Abwehrkampfes der Polizeien aller Kulturländer der Erde (Begriff der Weltpolizei). Aber auch innerhalb Deutschlands hat er mit Notwendigkeit dazu geführt, Polizei und Gendarmerie, d. h. den Sicherheits- und Kriminaldienst in Stadt und Land immer enger zu verbinden. Für die Gendarmerie fiel mit der Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit nach dem Kriege die Sonderstellung der bisherigen militärischen Gendarmerievorgeschosten; die Disziplinar-gewalt ging damit auf die Verwaltungsbehörden über, denen nach Aufhebung der bisherigen Sonderleitung die Gendarmerie als Polizei des flachen Landes unterstellt wurde. Nicht nur im uniformierten Dienst kann heute die Gendarmerie in weitem Umfang auf die Hilfe der Polizei rechnen, sondern auch im Kriminaldienst arbeitet die Gendarmerie aufs engste, im Erlernungsdiens, sowohl, wie im Nachrichtendienst mit den Kriminalpolizeistellen zusammen. Die deutsche Gendarmerie ist heute über 100 Jahre alt, und es ist selbstverständlich, daß die Gendarmenbeamten stolz auf ihre Geschichte sind. Es ist aber auch gewiß, daß eine moderne und qualifizierte Gendarmerie in ihrer neuen Organisationsform und im Rahmen der Einheitspolizei ihren alten Beruf wahren und mehren muß.

Einheit macht auch in der Polizei stark; und wir wollen doch alle eine starke, moderne Polizei, nicht als Selbstzweck, sondern zum Schutze des Staates und des Bürgers und, wie ich beifügen möchte, auch der deutschen Wirtschaft.

Die nächsten steuerlichen Arbeiten

Der Reichsetat 1930 ist als Reichstagsdrucksache 1991 bei dem Verlag Seymann käuflich. Ferner wird ein verkürzter Überblick als Reichstagsdrucksache 1993 heute oder morgen erscheinen. Im ganzen sind noch vier Gesetze steuerlicher Art zu erledigen:

1. Der Entwurf eines Gesetzes über die Ermächtigung zur Ergründung von steuerlichen Maßnahmen zum Zwecke der Gleichrichtung und Verbilligung der Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft. Der Entwurf wird am 1. Mai im Reichstat unter Hinzuziehung eines Reichsausschusses behandelt und sieht die Ermächtigung der Reichsregierung zur Senkung der Kapitalertragsteuern vor.
2. Der Entwurf zur Übergangsregelung des Finanzausgleiches zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, der bereits als Drucksache 1916 dem Steuerauschuß vorliegt.
3. Der Entwurf eines Gesetzes zur Senkung der Einkommensteuer und
4. der Entwurf eines Gesetzes zur Aufschärfung der Verwaltungsstrafensätze. Dieses Gesetz ist jetzt als Drucksache 1990 in den Reichstat gelangt.

877 000 RM. mehr für den Weinbau im neuen Reichsetat

Der Haushalt des Reichsernährungsministeriums enthält für die Förderung des Weinbaues und für die Bekämpfung von Schädlingen des Weinbaues im Jahre 1930 einen Ansatz von 2 126 800 RM, d. h. gegenüber 1929 ein Mehr von 877 000 RM. Zur Begründung wird angeführt: Die Lage des Weinbaues erfordert zur Erhaltung und Förderung dieses wichtigen Zweiges der Bodenerzeugung umfangreiche und nachhaltige Maßnahmen. Die Mittel sollen vor allem zur Umstellung des Weinbaues auf amerikanische Unterlagsreben sowie zur wissenschaftlichen Erziehung und Durchführung für die Neben-züchtung und Nebenveredlung, Bodenbearbeitung, Düngung, die Weinbehandlung und Absatzförderung betreffenden Fragen und zur Bekämpfung der Schädlinge des Weinbaues und seiner Krankheiten verwendet werden. Für die Umstellung der in Baden und in der Pfalz vorhandenen Direktträger auf amerikanische Unterlagsreben, die sich nur im Laufe mehrerer Jahre durchführen läßt, ist eine Verteilung auf sechs Jahre in Aussicht genommen.

In der Dobrußka (Rumänien) wurde die Umgebung eines Dorfes von einem riesigen Guschfrenschwarm heimgesucht. Die Guschfren, die eine Fläche von 200 000 Hektar bedecken, haben bereits die Weinberge des Dorfes zerstört.

Im städtischen Korrekthaus in Chicago brach ein Brand aus, der aber schnell gelöscht wurde. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung unter den sehr erregten Gefangenen mußte eine starke Abteilung Polizei aufgeboden werden.

Realschulnote in Kenstadt i. Schw. Der Gemeinderat beabsichtigt, die siebente Klasse der Realschule auf 1. April 1931 wegen schlechten Besuchs wieder aufzuheben. Namentlich die Hoffnungen auf Besuch der Realschule aus den umliegenden Landstädten haben sich nicht erfüllt, weil die Frühzüge von Söffingen, Bommersdorf, Seeburg und Litzsee nicht als Schülerzüge benutzt werden können.

jahre, Eduard Bernsteins, der mit einem Aufsatz über Friedrich Eberts Auszug von Mannheim vertreten ist, und Paul Kampffmeyer, der eine Abhandlung über das Wesen und Werden der sozialdemokratischen Zeitung sowie über das Innenleben veröffentlicht. Weiter finden wir vertreten: Emil Raier, Adam Kemmle, Wilhelm Reil, Anton Fendrich, Emil Gauth, Georg Reinbold mit Beiträgen aus der Parteigeschichte und wertvollen persönlichen Erinnerungen.

D. Schwetzingen, 29. April. Am gestrigen vierten Spargelmarkttag kam es zu einem außerordentlichen Preissturz. Spargel 1. Sorte wurde zunächst mit 70 Pf. pro Pfund gehandelt, der Preis ging dann auf 60 und später auf 50 Pf. zurück. Da Privatläufer nicht mehr auftraten, übernahmen die Händler am Markttag große Posten zum Preise von 40 Pf. für die 1. Sorte. Die Zufuhr betrug 25 Zentner. Notierung: 1. Sorte 40-70 Pf., häufigster Preis 40 Pf., 2. Sorte 30-40 Pf., 3. Sorte 20 Pf.

D. Wiesloch, 30. April. Nach einem schwindigen Wetter gingen über dem südlichen Oberrhein und Kraichgau schwere Gewitter nieder. Am Fischweier bei Leimen schlug der Blitz in die Leitung der Heidelberger Straßenbahn ein, was eine einstündige Verspätung der Wagen zur Folge hatte. In der verlängerten Kaiserstraße in Rühlloch traf der Blitz auf einen Leitungsmast und entzündete dabei die Erdleuchte. Dabei entstand ein Schaden von etwa 10 000 Mk. Außerdem hatte dieser gefährliche Blitzschlag zur Folge, daß während der ganzen Nacht die Gemeinde ohne Strom war.

Id. Langenbrücken (bei Bruchsal), 30. April. Das altebrühmte Schwefelbad eröffnete am 29. April seinen Sommerbetrieb. Weit über Deutschland hinaus ist es bekannt und war früher ein großes Weltbad. Das Bad ging im Verlaufe des Jahrhunderts, wie früher schon das im benachbarten Müngolsheim, käuflich in den Besitz des Caritasverbandes in Rudwigsheim a. Rh. über. Im gleichen Jahr wurde das Bad renoviert.

D. Baden-Baden, 30. April. Zu der Meldung über die neue Fluglinie von und nach Baden-Baden wird mitgeteilt, daß die neue Linie, welche über Karlsruhe, Mannheim, Mainz, Wiesbaden, Köln, nach Düsseldorf führt, nicht erst am 1. Juni, sondern schon am 1. Mai eröffnet wird.

D. Kallentronn, 29. April. Der ungeheure Schaden, der durch Schneeeisdrück verursacht wurde, kann jetzt einigermaßen übersehen werden. Die jungen Bäumchen wurden geradezu katastrophal betroffen. Tausende junger Tannen und Fichten wurden abgeknickt oder entwurzelt. Auch zahlreiche starke Stämme fielen dem Schneeeisdrück zum Opfer. Die Fortschäden sind weit größer als anfangs angenommen wurde. Besonders die Gegend um Kallentronn wurde in Mitleidenschaft gezogen.

Oeffentl. Verbandsparkasse Kuppenheim

Bilanz auf 31. Dezember 1929

Vermögen:	Rh.	Verbindlichkeiten:	Rh.
1. Kassenbestand	17 457,11	1. Spareinlagen	1 319 574,71
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen u. Postsparkassant	86 967,87	2. Aufwertungs- und Spar-einlagen	283 131,52
3. Darlehen auf Hypotheken	733 355,58	2. a) Aufwertungsabrechnungsfonds	20 445,33
4. Darlehen in laufender Rechnung an Private	202 885,01	3. Giro- und Kontoforrent-einlagen	47 062,27
5. Darlehen auf Schuldschein	300 171,52	4. Anleihen und andere Schulden	25 750,—
6. Darlehen an Gemeinden	113 450,36	5. Rücklagen (gesetzl. Reservefonds)	68 065,20
7. Aufwertungsfordernngen	213 179,30	6. Reingewinn vom Jahre 1929	29 130,40
8. Einnahmerückstände	35 691,68		
9. Gerätschaften	—		
	1 793 159,43		1 793 159,43

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:

8% aus 1 366 636,98 Rh. Einlagen	109 330,88 Rh.
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929	97 195,80 Rh.
folgt weniger	12 135,28 Rh.

Kuppenheim, den 28. April 1930.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
Grathwohl, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter:
Schmoll.

Bezirksparkasse Lörrach

(Oeffentliche Verbandsparkasse)

Bilanz per 31. Dezember 1929

Soll:	Rh.	Haben:	Rh.
Kassenbestand	47 923,19	Girozentralen	3 642,59
Wechselbestand	317 371,72	Banken und Postspark.	53 520,40
Eigener Wertpapierbestand	88 261,90	Giroeinlagen	1 068 696,43
Kontoforrentguthaben	1 272 698,20	Kontoforrentguthaben	27 752,44
Girodebitoren	32 835,94	Termingelder	50 000,—
Termingelder	500 000,—	Spareinlagen	4 505 760,30
Feste Darlehen	3 705 983,58	Aufwertungs- und Spar-einlagen	1 354 578,63
Einlage beim Giroverband	119 900,—	Aufwertungs- und Spar-einlagen	509 752,07
Zinsrückstände	116 326,89	Aufwertungsabrechnungsfonds	25 731,—
Borschüsse und Wiederer-satz	11 340,82	Schulden auf Grundbesitz	46 286,65
Gebäude (Feuerverf. An-schlag 232 000,—)	166 250,—	Gesetzliche Rücklagen	280 663,64
Büroeinrichtungen	1,—	Sonderrücklagen	5 000,—
Übergangsverrechnungen	77 983,58	Rückstellungsfonds Gaa-gen	96 412,13
Aufwertungsfordernngen	1 161 464,54	Bürgschaften	1 500,—
Aufwertungsfordernngen	409 754,92	Wechselobligo	532 199,48
Bürgschaften	1 500,—		
Wechselobligo	532 199,48		
	8 027 796,28		8 027 796,28

Berechnung der Rücklagen

Die gesetzlichen Rücklagen sollen betragen

8% aus 280 663,64 Rh.	22 453,09 Rh.
Sie betragen	280 663,64 Rh.
folgt mehr	553,19 Rh.

Der Verwaltungsrat:
gez. Dr. Grafer, Vorsitzender.

Der Direktor:
gez. Dr. Heiß, Direktor.

D. Freiburg i. Br., 28. April. Nunmehr sind sämtliche vier Tragsseile für die **Schaunlandbahn** zur Endstation gebracht worden. Jedes von ihnen wiegt 600 Zentner ohne Wagen. Das letzte der Tragsseile ist am Samstag bzw. am Sonntag angerollt worden. Es steht jetzt noch die Heranführung der Zugseile bevor. Die schwierigen Transporte sind von der Firma Schlenker & Co. in einwandfreier Weise erledigt worden, und es ist zu hoffen, daß auch die Herbeiführung der Zugseile gut vor sich gehen wird.

D. Schlatt (Ami Staufen), 30. April. Gestern nachmittag gegen 5 Uhr entlud sich über unserer Gegend ein kurzes aber heftiges Gewitter. Der Blitz schlug in das Fuhrwerk des Landwirts Dorenbach, der sich gerade anschickte, die Heimfahrt anzutreten. Die vorgepannten Tiere, ein Pferd und ein Ochse, wurden sofort getötet, während der Landwirt das Geschick verlor. Sein ebenfalls mitfahrender Sohn kam mit dem Schrecken davon.

Staatsanzeiger

Zweite Prüfung für das Höhere Lehramt an Handelsschulen im April 1930.

Die in der Zeit vom 7. bis 10. April 1930 nach Maßgabe der Verordnung des Staatsministeriums vom 17. Mai 1922 (Gesetz- und Verordnungsblatt 1922, Seite 424) abgehaltene Zweite Prüfung für das Höhere Lehramt an Handelsschulen haben bestanden:

Altman, Dr. Karl, von Karlsruhe; Brechtel, Dr. Arthur, von Oppau; Eiermann, Dr. Adolf, von Eberbach; Ganz, Alexander, von Obernheim; Huber, Josef, von Niederwilt; Stegmüller, Emil, von Steinbach.

Karlsruhe, den 15. April 1930.

Der Minister des Kultus und Unterrichts:
Dr. Kemmle.

Staatsprüfung für das Höhere Lehramt an Gewerbeschulen im März und April 1930.

Auf Grund der in der Zeit vom 31. März bis 5. April 1930 abgehaltenen Staatsprüfung für das Höhere Lehramt an Gewerbeschulen sind nachgenannte Gewerbeschulreferendare (Diplom-Ingenieure) für bestanden erklärt worden und haben die Berechtigung, die Benennung „Gewerbeschulassessor“ zu führen:

Dipl.-Ing. Gung, Otto, von Neustadt a. S.; Dipl.-Ing. Geyer, Walter, von Karlsruhe; Dipl.-Ing. Wöfel, Bernhard,

von Gammertingen (Hohenzollern); Dipl.-Ing. Gochwart, Karl, von Karlsruhe; Dipl.-Ing. Kramer, Ludwig, von Heidelberg; Dipl.-Ing. Langenberger, Friedrich, von Karlsruhe; Dipl.-Ing. Landenberger, Ernst, von Nürnberg; Dipl.-Ing. Lupp, Paul, von Freiburg-Gittenweier; Dipl.-Ing. Matter, Hans, von Merchingen; Dipl.-Ing. Kott, Wilhelm, von Karlsruhe; Dipl.-Ing. Ott, Albert, von Sigmaringen; Dipl.-Ing. Rathmann, Joachim, von Karlsruhe; Dipl.-Ing. Wieg, Otto, von Landau.

Karlsruhe, den 12. April 1930.

Der Minister des Kultus und Unterrichts:
J. v. Dr. Huber.

Forstliche Staatsprüfung 1930.
Die nächste forstliche Staatsprüfung beginnt Montag, den 26. Mai 1930.

Anmeldungen bis spätestens 12. Mai 1930 an die Forst-Abteilung.

Die schriftlichen Arbeiten sind, soweit noch nicht eingereicht, ebenfalls bis zu diesem Zeitpunkt vorzulegen. Es wird darauf hingewiesen, daß das Bestehen der Staatsprüfung keinerlei Anspruch auf Anstellung im Staatsdienst gewährt.

Karlsruhe, den 28. April 1930.

Ministerium der Finanzen, Forst-Abteilung

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurufbeförderungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Handelschulassessor Dr. Josef Wenzler an der Handelsschule II in Karlsruhe zum Studienrat; Hauptlehrer Friedrich Jauch in Freiburg zum Schulrat beim Stadtschulamt Mannheim; Hauptlehrer Alois Stokert in Mannheim zum Rektor an der Volksschule in Badstut.

Planmäßig angestellt:

Der außerplanmäßige Bachmeister Simon Brecht an der Technischen Hochschule hier, der außerplanmäßige Bachmeister Karl Ehret bei der Universitätsbibliothek Freiburg. Der außerplanmäßige Bachmeister Richard Rothfuchs beim akademischen Krankenhaus Heidelberg.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen:

Anstaltsoberschreiber Theophil Hofbein am städtischen Waisenhaus in Karlsruhe; Hauptlehrer Heinrich Kaufmann in Freiburg.

Badische Landesbausparkasse

Am Dienstag, den 6. Mai 1930 findet in Mannheim im Sitzungssaal des Verwaltungsgebäudes, Augusta-Anlage 33/41, nachmittags 4 Uhr, die

erste öffentliche Zuteilung

statt. R. 334

Schlussswert Aktiengesellschaft Freiburg i. Br.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft laden wir hiermit zu der im Hotel Bähringerhof in Freiburg i. Br. am Freitag, den 16. Mai 1930, mittags 12 Uhr, stattfindenden

ordentlichen Generalversammlung

der Gesellschaft ein.

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Bilanz.
2. Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
3. Neuwahlen des Aufsichtsrates.
4. Festsetzung der Vergütung des Aufsichtsrates.

Freiburg i. Br., den 29. April 1930. R. 335

Der Vorsitzende: Dr. Paul.

Möbel
Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen
einzelne Möbelstücke

in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus
Maier Weinheimer

Karlsruhe Zahlungsvereinfachung. Kronenstr. 32
Kein Laden, daher billigste Preise 279

KommunalDarlehen

vermittelt unter günstigen Bedingungen

JOSEPH LIEBMAN

Bankgesch., Karlsruhe i. B., Tel. 75 u. 76

Q. 433. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Kurt Reufelst**, Konkursdirektion und Justizienhandlung in Karlsruhe, Badstr. 39, wurde nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Karlsruhe, 25. 4. 1930. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 5.

Q. 437. Karlsruhe. Über das Vermögen des **Adolf Wittsche jr.**, Landesprodukte in Karlsruhe-Mühlheim, wurde am 16. April 1930, nachmittags 6 Uhr, Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Bücherrevisor und kaufm. Sachverständiger **Otto Marx**, Karlsruhe, Handelshof. Konkursforderungen sind bis zum 5. Juni 1930 beim Gericht anzumelden. Termin z. Wahl eines

Q. 436. Philippsburg. Über das Vermögen des **August Herberger**, Maurermeister in Reudorf, wurde heute vorm. 8 Uhr Konkurs eröffnet. Verwalter: Oswald Kirchgeher, Bankbeamter in Philippsburg. Offener Arrest mit Anzeigekraft, sowie Anmeldefrist bis 15. Mai 1930. Erste Gläubigerversammlung u. Prüfungstermin am 28. Mai 1930, vorm. 9 Uhr, vor dem Amtsgericht, Zimmer 2.

Philippsburg, 29. 4. 1930. Amtsgericht.

Q. 439. Wertheim. Über das Vermögen der Firma **Holzstoffabrik Wertheim, G. m. b. H.** in Wertheim, wurde heute nachmittags 6 Uhr das Konkursverfahren eröffnet, da dieselbe ihre Zahlungsunfähigkeit eingekündigt hat und Überschuldung vorliegt. Rechtsanwalt **Jaek** ist zum Konkursverwalter ernannt. Anmeldefrist bis zum 21. Mai 1930. Prüfungstermin am Freitag, den 30. Mai 1930, nachm. 4 Uhr. Offener Arrest u. Anzeigekraft bis zum 21. 5. 1930. Wertheim, 28. 4. 1930. Amtsgericht.

STRASSENBAU-MATERIAL

HANS VATTER
DOSENHEIM A. S. ERSTER

LIEFERT AUS SCHLOSS- u. HECKENMARKBRUCH ERSTKLASSIGES



Badisches Landestheater

Donnerstag, 1. Mai
*D 22 (Donnerstagmiete)
Th.-Gem. 2. S. G.

Othello
Trauerspiel von Shakespeare

Regie: v. d. Trend
Mitwirkende: Bertan, Er-marck, Janz, Dahlen, Gem-meke, Graf, Herz, Hiel, Höder, Hofpach, Just, Kie-sle, Kuhne, Müller, Prüter, Schulze, Grimm, G. Kien-scherf, Luther, Seibert

Anfang 19, Ende 21¹/₂ Uhr
Preise A (0,70-5 26).
Freitag, 2. Mai:
Alba.

Wir werben für Sie!